

Freitag, 3. März 2023 Regionale Wirtschaft

„Wie können wir gut gemeinsam leben?“

Welche Verantwortung trägt der Staat bei der Daseinsvorsorge? Verdi-Frauen diskutierten in Göttingen

Von Hanna Sellheim



Bei der Diskussion der Verdi-Frauen standen auch die derzeitigen Streiks im Mittelpunkt. Foto: Swen Pfortner

Göttingen. Der Müll bleibt liegen oder der Bus kommt nicht: Derzeit streiken immer wieder die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Forderung: höhere Löhne, mehr Anerkennung. Der Ortsfrauenrat der Gewerkschaft Verdi hatte aus diesem Anlass am Dienstagabend eine Veranstaltung mit dem Titel „Kita, Rathaus, Grünflächen. Öffentlicher Dienst ist Thema am Frauentag!“ organisiert.

Dabei ging es vor allem um die Frage nach öffentlicher Daseinsvorsorge. Darunter versteht man die Aufgabe des Staates, für alle lebensnotwendigen Bedingungen zu sorgen: Wasser- oder Stromversorgung, Kinderbetreuung, Straßenreinigung. Die Arbeitssoziologin Prof. Nicole Meyer-Ahuja von der Universität Göttingen präsentierte einige Ideen zur Frage und stellte dabei Bezüge zu den laufenden

Streiks, aber auch zum bevorstehenden Frauentag am 8. März her.

Öffentlicher Dienst als Beschäftigungsfeld für Frauen

Meyer-Ahuja wies darauf hin, dass der Großteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten Frauen seien. So profitierten Frauen in zweierlei Hinsicht von staatlicher Daseinsvorsorge: zum einen durch Stellenangebote im öffentlichen Dienst, die ihnen Erwerbstätigkeit ermöglichten, zum anderen durch Entlastung bei der Reproduktionsarbeit, zum Beispiel, indem Kindererziehung teilweise an Kitas und Schulen ausgelagert werden könne.

Durch Corona habe man erkannt, wie systemrelevant der öffentliche Dienst sei. Dies habe jedoch nicht nur eine Forderung nach Aufwertung, sondern auch eine Diskussion über Einschnitte in das Kündigungs- und Streikrecht ausgelöst. Meyer-Ahuja sprach von Dynamiken der Enteignung von Sozialeigentum, etwa durch die Privatisierung öffentlicher Dienste. Außerdem erkenne sie eine zunehmende Prekarisierung der Arbeit im öffentlichen Dienst.

Statt einer Debatte über die Sinnhaftigkeit staatlicher Regulierung solle man lieber fragen: „Wie viel Rückbau von Staatsfunktionen ist ertragbar?“. Es sei wichtig, klarzustellen, dass es bei den Arbeitskämpfen nicht nur um die Durchsetzung von Einzelinteressen, sondern um bessere Bedingungen für alle gehe.

Streiks zeigen Zusammenhänge im öffentlichen Dienst

„Öffentliche Daseinsvorsorge ist das Herz unserer demokratischen Gesellschaft. Es geht um die Frage: Wie können wir gut gemeinsam leben?“, sagte Frederike Steiner von der Gewerkschaft Verdi. Der öffentliche Dienst müsse in der gesellschaftlichen Wahrnehmung eine Aufwertung erfahren. Sie stimmte Meyer-Ahuja zu, dass es wichtig sei, den Zusammenhang zwischen verschiedenen Beschäftigungsbereichen wie Müllabfuhr, Pflege oder Post zu betonen und gemeinsam auf die Straße zu gehen. Sie erlebe eine hohe Beteiligung an Streiks und Petitionen und nehme die Beschäftigten als sehr motiviert wahr.

Aus dem Publikum gab es Kritik am Vortrag: Müssten Systemveränderungen nicht größer gedacht, der Kapitalismus tiefergehend hinterfragt werden? Meyer-Ahuja erwiderte, der öffentliche Dienst sei durchaus ein Bereich, in dem eine andere Logik ausprobiert werden

könne, die Reproduktion höher werte als Profit. Im Angesicht der Inflation seien viele Ideen zurzeit aber auch schwer diskutierbar.

Die Lage im Gesundheitssystem

Erdmuthe Bach-Reinert, Kinderkrankenschwester und Personalrätin an der UMG, hat die Veränderungen im Gesundheitssystem während der Corona-Pandemie unmittelbar mitbekommen. Das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Gesundheitsberufe sei schnell auch wieder verschwunden. Nun sei die Situation schwierig. „Wir müssen uns fragen: Wofür ist es wichtig, Geld auszugeben?“, findet sie.

In den Krankenhäusern gehe es derzeit nicht darum, was die kranken Menschen brauchen, sondern darum, was sich lohne: „Dort werden Hüft-OPs durchgeführt, die gar nicht notwendig sind, und dafür an anderer Stelle notwendige Eingriffe nicht durchgeführt.“ Bach-Reinert ist der Meinung, dass zumindest ein Grundstock an öffentlichen Bereichen wieder zurück in die staatliche Verantwortung fallen müsse: „Der Staat wird nicht alles richten, aber wir müssen einen Umgang mit dem Fachkräftemangel finden.“